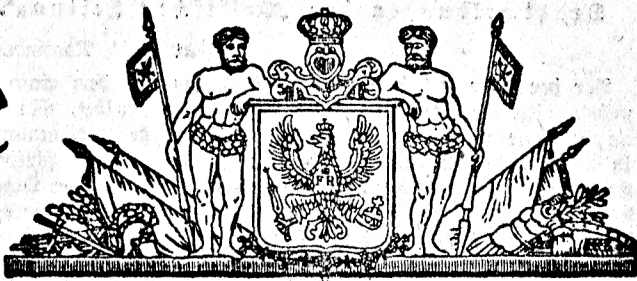


# Wossische



# Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Vellagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Baebmann in Berlin

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

## Deutschland und der Völkerverbund.

Drahtmeldungen der „Wossischen Zeitung“.

gh Paris, 12. November.

Portinax schreibt im „Echo de Paris“ über die Zulassung der ehemaligen feindlichen Staaten zum Völkerverbund: Nach Kenntnisnahme der 29 Artikel, die auf der Tagesordnung der Versammlung des Völkerverbundes stehen, beschäftigt sich der Minister des Auswärtigen jetzt damit, die Richtlinien für die französischen Delegierten festzulegen. Es handelt sich nicht eigentlich um Instruktionen, denn dieses Wort ist mit der Würde der Persönlichkeit, die Léon Bourgeois ist, nicht vereinbar. Was den Artikel 26 anbelangt, die Zulassung der Staaten, die nicht in der Liste des Annexes des Paktes des Völkerverbundes figurieren, hat sich das Dunkel ein wenig gelichtet. Die Londoner Regierung hat formell versprochen, eine Aufhebung des Verbotes der Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund nicht zu begünstigen. Es ist möglich, daß dieser von Lloyd George gefasste Beschluß bei Lord Robert Cecil einige Verstimmung hervorgerufen hat. Andererseits hat der Minister des Auswärtigen den französischen Delegierten empfohlen, sich von der Versammlung zurückzuziehen, wenn man über das Voto Frankreichs hinweggehen sollte.

Gegenüber Oesterreich und Bulgarien, die die formale Bitte um Zulassung vorgebracht haben, hat man die Wöfcht, eine etwas verständnisvolle Haltung einzunehmen. Man bemerkt, daß diese beiden Staaten bisher ihr Bestes getan haben, um die Verträge, die sie unterzeichnet haben, auch auszuführen. Außerdem kann nach Meinung verschiedener Leute der Eintritt Oesterreichs in den Völkerverbund das Ergebnis haben, es viel sicherer von Deutschland zu trennen. Die unterbreitete Bitte um Aufnahme soll durch eine besonders eingesetzte Kommission geprüft werden, deren Bericht nur durch die Vollziehung genehmigt werden kann.

London, 12. November. (Unred. Telegraph.)

Lord Selborne, Sir Lord Grey of Fallodon und G. A. Barnes haben ein Manifest erlassen, worin sie die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund beklagen. „Der Friede der Welt wird am besten dadurch gesichert, daß alle Nationen zum Völkerverbund zugelassen werden. Je länger die früher feindlichen Staaten ausgeschlossen bleiben, desto schwieriger wird es für den Bund werden, die Zwecke zu erfüllen, für die er geschaffen wurde. Wir verlangen Deutschlands Zulassung nicht um Deutschlands, sondern um Europas willen.“ Die Grundidee des Bundes sei, daß er alle zivilisierten Nationen umfasse.

London, 12. November. (W. L. B.)

Die „Times“ meldet: Der Generalsekretär des Völkerverbundes hat dem Schweizerischen politischen Departement mitgeteilt, daß der Völkerverbund regelmäßig alle zwei Monate in Genf zusammenkommen wird. Es ist jetzt sicher, daß Symans bei der Eröffnungssitzung der allgemeinen Völkerverbundsversammlung den Vorsitz führen wird.

## Die deutsche Schuldsomme.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

gh Paris, 12. November.

Nach dem „Petit Parisien“ steht nun zwischen England und Frankreich über die Prozedur bei Erörterung der Wiedergutmachung eine Verständigung bevor, bei der dem Wiedergutmachungsausschuß keine Rolle gewahrt bleibt. Gleichwohl sind unter den Wörtern noch schwierige Fragen zu regeln, wie die Frage der Pfänder und Sühnmaßnahmen, vor allem aber die außerordentlich schwierige Besprechung der deutschen Schuldsomme. Diese wurde bisher in Goldmark berechnet. Es wird nun an der Zeit sein, daß man die Summe, die bisher ungefähr abgeschätzt wurde, in Papiergeld umrechnet, da in Deutschland gegenwärtig kein Gold kursiert. Die Mark hatte vor dem Kriege einen Wert von 1,25 Franc, ist aber jetzt auf 20 Centimes gefallen. Man muß also die Summe mit 6 multiplizieren, um die Summe herauszubekommen, die Deutschland bezahlen soll. Wenn es sich für Frankreich um 220 Milliarden Goldmark handelt, muß man jetzt mit 1300 Milliarden Papiermark rechnen. Da Frankreich nur 52 pCt. der deutschen Schuldsomme bekommen soll, so sind es mehr als 2000 Milliarden Mark, die die deutsche Schuldsomme im ganzen betragen wird.

## Die skandinavischen Ministerzusammenkünfte.

Im norwegischen Storting trat der Abgeordnete Castberg dafür ein, daß die Berichte über die Verhandlungen während der nordischen Ministerzusammenkünfte veröffentlicht werden. Er erklärte u. a.: „Wir haben erlebt, daß gleich nach einer Ministerzusammenkunft der schwedische König sich an die italienische Regierung mit der Drohung wandte, an Deutschlands Seite in den Krieg einzutreten, sofern Italien nicht neutral verbleibe. Solchen Dingen ist man also unter der nordischen Zusammenarbeit ausgesetzt.“ Der Abg. Gunnar Knudsen erklärte u. a.; daß das, was Castberg über den schwedischen König gesagt hat, mit keinem Worte während der Ministerzusammenkünfte behandelt worden sei.

treten, sofern Italien nicht neutral verbleibe. Solchen Dingen ist man also unter der nordischen Zusammenarbeit ausgesetzt.“ Der Abg. Gunnar Knudsen erklärte u. a.; daß das, was Castberg über den schwedischen König gesagt hat, mit keinem Worte während der Ministerzusammenkünfte behandelt worden sei.

## Die ungarischen Offiziersbanden.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

kl Wien, 12. November.

Die große Reinigungsaktion in Budapest wird mit Energie fortgesetzt. Die überraschendste Enthüllung brachte der Angriff der vereinigten Militär- und Polizei-Mannschaften auf das sogenannte „Ehmann-Detachment“, wobei von einer geflohen uniformierten und 800 Köpfe zählenden Bande, die sich mit Waffen widersetzte, 5 getötet und 30 verletzt wurden, ehe sich die übrigen freiwillig ergaben. Das Detachment unterstand dem Baron Babarcs, der vor dem Angriffe flüchten konnte. Die in dem „Ehmann“-Lager aufgefundenen Waffen, darunter auch zwei Maschinengewehre, wurden beschlagnahmt. Diese „Ehmann“-Kolonne war eine wohlorganisierte Räuber-, Erpresser- und Mörderbande, die unter dem Kommando eines Hauptmanns stand. Die Hälfte davon zog allnächstlich durch Budapest, um gegen Morgen mit Beute beladen in die „Kolonne“ zurückzukehren. Von der Existenz des Räuberheeres hatte niemand in Budapest eine Ahnung.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags drang Polizei mit Hilfe von Militär auch in das Hauptquartier des Vereins der „erwachenden Ungarn“ ein. Dem Verein wurde die Benutzung des Lokals verboten. Sämtliche Bücher wurden beschlagnahmt.

In den Hotels Britannia, Berlin, Franz Osal und Savoy, welche als Hauptstülpwinkler der terroristischen weißen Offiziere galten, waren die Waffen- und Munitionsbestände wohl größtenteils schon beseitigt worden, ehe die Aktion der Regierung begann. Insgesamt sind bisher, wie es heißt, über 700 Personen verhaftet worden, oder es wurde über sie wegen unbefugten Waffentragens eine strafrechtliche Untersuchung verhängt. Mit welcher Besorgnis man der Aufhebung des Hotels Britannia entgegen sah, beweist die Tatsache, daß nicht weniger als 1800 Polizisten und 500 Geheimpolizisten, dazu größere Truppen-Abteilungen mit Maschinengewehren und bewaffnete Autos zur Umzingelung des Hotels ausgesandt wurden und daß der Minister des Innern und zwei Generale das Kommando führten.

Bedenklich muß die Nachricht stimmen, daß Oberleutnant Hejjas, dessen Name bei allen möglichen Missetaten des weißen Terrors genannt wurde, entgegen den ersten Meldungen nicht verhaftet wurde, sondern gemeinsam mit dem Oberleutnant Pronay, dessen Abteilung ebenfalls stets als weiß-terroristische erwähnt wird, als Freunde der Regierung behandelt werden. Wer zu ihrem Detachment gehört und von ihnen legitimiert wird, wird von dem Untersuchungsausschuß freigelassen. Hejjas und Pronay sind beide seit dem Einzuge Horthy's in Budapest in der nächsten Umgebung des Reichsverweisers gesehen worden.

Im Parlament beantwortete Ministerpräsident Graf Teleki die Anfragen Huszars mit einer Reihe von Angaben über die Strafmaßregeln, mit denen die Regierung gegen die uniformierten Verbrecher und ihren Anhang vorgegangen sein will. Für die unaufhörlichen Missetaten dieser Banden fand Teleki entschuldigende Worte: Eine der Hauptursachen der „Aufbruchstimmung“ sei die durch den Zwangsfrieden verursachte Erbitterung sowie die allgemeinen wirtschaftlichen Störungen als Nachkriegssymptome.

## Das Josefs-Denkmal in Tepliz.

Prag, 11. November. (Meldung des Tschecho-Slow. Pressb.)

In Tepliz-Schnau errichtete heute eine Sappeurabteilung ein Gerüst zur Abtragung des Kaiser-Josef-Denkmals. Nachmittags war dieses Gerüst fertig. Den Sappeuren wurde mitgeteilt, sie hätten weitere Weisungen des Ministeriums des Innern abzuwarten. Lobdem setzten sie eigenmächtig die Arbeit fort und trugen das Denkmal ab. Es ist nicht beschädigt und wurde abends in den Hof des städtischen Museums gebracht. Die Ruhe wurde während der ganzen Zeit nicht gestört.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Senats gab Senator Jelinek namens der deutsch-bürgerlichen Senatoren die Erklärung ab, daß die deutsch-bürgerlichen Parteien mit Rücksicht auf die Haltung der Regierung in der Teplizer Denkmalsfrage der Regierung das Mißtrauen aussprechen, und es ablehnen, sich an der weiteren Debatte über die Regierungserklärung zu beteiligen. Hierauf verließen sie den Saal. Die deutschen Sozialdemokraten schlossen sich diesem Vorgehen nicht an, doch protestierten auch deren Redner gegen die Haltung der Regierung in der Teplizer Denkmalsfrage. Die Regierungserklärung wurde schließlich angenommen; dagegen stimmten alle deutschen Parteien.

## Henderson und Macdonald.

Wie der zurzeit in Berlin weilende Sekretär der zweiten Internationale Camille Huysmans mitteilte, hat das Exekutivkomitee der zweiten Internationale beschlossen, die Mitglieder der englischen Arbeiterpartei Henderson und Macdonald nach Berlin, Prag und Wien zu entsenden, um dort den sozialistischen Parteien, die der zweiten Internationale nicht angehören, Anschließungsverhandlungen zu führen.

## In der wilden Slowakei.

Von

Richard Ras,

Berichterstatter der „Wossischen Zeitung“.

\* Kaschau, Anfang November.

Zwischen Prag und der Ostslowakei liegen zweihundzwanzig Schnellzugstunden; dies ist das wesentliche Problem der Slowakei und der eigentliche Grund ihrer ständigen — gerade jetzt sehr unangenehmen — Aufregung. Wirtschaftlich und politisch. Wirtschaftlich: weil jedes Kilogramm Ware zwei Kronen Eisenbahnfracht kostet, bevor es die Ostslowakei erreicht, so daß also dort die Teuerung noch beträchtlich höher ist als in Prag, was schon etwas heißen will. Politisch: weil alle demokratischen Gesehe, die das Prager Parlament beschließt, alle verständlicheren Verfügungen der Prager Regierung auf dem langen Wege nach Kaschau so altbacken werden, daß die selbstherrlichen slowakischen „Zupane“ sie als unbrauchbar wegwerfen. Das geographische Problem, das einen Kleinstadt auf zweihundzwanzig (ja, sofern man zwischen seinem östlichsten und seinem westlichsten Rande mißt, auf sechsunddreißig) Schnellzugstunden zerdehnt, ist politisch nur durch eine weitgehende Selbstverwaltung der einzelnen Gauen, durch ein Schweizer Kantonalssystem, auflösbar. Der starre Zentralismus Prags, gegen den von allem Anfang an die Deutschen und die Magyaren der Tschechoslowakei remonstriert haben, beginnt nun auch den Slowaken höchst lästig zu werden; sie müssen sich mehr als Eingeborene einer Kolonie, denn als „befreite Brüder“ fühlen, und ihr Widerstand gegen den Staat wächst bis zur Flucht vor den Heeresmusterungen, ja bis zur Auswanderung. Die Prager Regierung übersieht nicht die Gefährdung ihres ostslowakischen Gebietes, das ihr als Kornkammer des Staates wie als Reservat billiger und unerwählter Arbeitskräfte gleichermaßen wertvoll ist; aber sie legt das Hauptgewicht auf die heikle außenpolitische Lage ihres Karpatenlandes, das zwischen dem ausgesprochen feindlichen Ungarn und dem wenig zuverlässigen freundlichen Polen eingeklemmt ist, überschwemmt es mit Militär und Beamten, vergißt aber, daß diese fruchtbare, waldbreiche und arbeitssame Provinz von innen heraus saniert werden müßte, um organisch mit den alten „Söhnen der böhmischen Krone“ zu verwachsen. Gerade das Uebermaß der hochbesoldeten Prager Beamten weckt den Neid ihrer minder bezahlten slowakischen Kollegen und dazu noch die Unzufriedenheit der Einheimischen, die von einer außerordentlichen Wohnungsnot bedrückt werden; wozu noch kommt, daß sich nicht immer die besten tschechischen Beamten zum Dienst in der Slowakei gemeldet haben und infolgedessen die Beschwerden über Beamtenwillkür immer zahlreicher werden. Die Offiziere und Soldaten aber beginnen nun in der Slowakei auf eigene Faust Politik zu treiben, wobei hier ebensowenig etwas Gutes herauskommen kann wie in anderen Ländern. Als die Unruhen in der Slowakei während der letzten Wochen immer zahlreicher wurden, die Streiks sich häuften und ein Teil der magyarischen Klerikalen offenkundig mit Horthy-Ungarn zu Liebäugeln anfang, schlossen sich in den kleineren ostslowakischen Städten die Legionäre mit den Turnern, den „Sokoln“, zusammen, um die Slowakei zu „reinigen“. Darunter verstanden sie die Austreibung der Juden, Magyaren, Kommunisten und Deutschen aus dem Lande. Ein paar demagogische Offiziere stellten sich an die Spitze der Aktion. Da Prag Legionären gegenüber eine sehr zärtliche Hand hat, konnten die „Reiniger“ eine Zeitlang völlig ungestört wirtschaften. Aus der slowakischen Stadt Turciansky So. Martin wurden alle jüdischen Familien brachial ausgewiesen auch jene, die dort seit vielen Generationen ortsansässig waren; es ereignete sich der Fall, daß der tschechische Gesandte in Paris den Paß eines derart Ausgewiesenen — und nach Frankreich Geflüchteten — in die Hand bekam und zu seinem Erstaunen las: „Zuständig nach Turciansky So. Martin, — Ausgewiesen aus Turciansky So. Martin“, worauf er das kompromittierende Dokument einzog und durch einen Paß ersetzte, welchem der Ausweisungsvermerk fehlte. Aus der Stadt Sillein mußten sechzig von Legionären — keineswegs von Behörden — ausgewiesene Familien flüchten, aus den Waggonwerkstätten in Bruckly mehr als neunzig Arbeiter, die sich zur sozialdemokratischen Linken bekannten. Nun endlich schritt die Prager Regierung ein und „beurlaubte“ die Offiziere der „Reinigungsaktion“. Die aber kümmernten sich wenig um ihren Urlaub und ich traf sie noch an der Arbeit, als ich die Ostslowakei bereiste.

Zufälligerweise war der Senator von Turciansky So. Martin, der Vater des dortigen Zupans, Matias Dula, mein Reisegefährte in der Schlafwagenloje. Dieser alte und hochangesehene slowakische Politiker, der als Vorkämpfer des slowakischen Nationalrats den Anschluß seiner Heimat an den tschechischen Staat vorbereitet hatte, der die Autonomieangebote Beterles wie Karolyis ohne Debatte hatte zurückweisen lassen: selbst dieser so sehr tschechentreue Slowak bedauerte den Prager Zentralismus. Die alten slowakischen Gauen hatten in Steuer-, in Schul- und in Rekrutenangelegenheiten vollste Selbständigkeit besessen; nun müssen die Slowaken wegen jeder Kleinigkeit den weiten Weg nach Prag antreten. Das kränkt. Selbst die unbedingte Vorherrschaft, die